



RAUMDIALOG

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich

Nr. 1/2007

Raumdialog:

**Mehr Offenheit,
mehr Beteiligung, mehr Vielfalt.**

Offene Dialoge zu Raumordnung und Regionalpolitik.

Örtliche Raumordnung:
Zentrumszonen in Niederösterreich.

Seite 6

Regionalplanung:
Zukunft erfolgreich gestalten.

Seite 12

Landesraumordnung:
w.i.N.-Strategie Niederösterreich.

Seite 15

Infos:
Wer baut Wien?

Seite 22



aktuell:

EU-Programme in Niederösterreich ab 2007. Seite 17



Inhalt

IMPRESSUM RAUMDIALOG:

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:

Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:

Gilbert Pomaroli, Christina Ruland
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742/9005/14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at
MitarbeiterInnen der aktuellen Ausgabe:
Dominik Dittrich, Helge Höllriegl,
Martin Kavalek, Wolfgang Schwarz,
Norbert Ströbinger, Marianne Vitovec (alle
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

GRAFISCHE KONZEPTION UND UMSETZUNG:

Horvath Grafik Design, Leobendorf

DRUCK:

radinger.print, Scheibbs

ABONNEMENTS UND EINZELBESTELLUNG:

Die Zeitschrift „Raumdialog“ wird kostenlos abgegeben. Abonnements und Einzelbestellungen richten Sie bitte an die Redaktionsleitung
Tel.: 02742/9005/14128
Fax: 02742/9005/14170
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

VERLAGS- UND ERSCHEINUNGSORT:

St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG DER ZEITSCHRIFT:

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Raumdialog“ informiert über den Stand und die Entwicklung der Ordnung und Gestaltung der räumlichen Umwelt in Niederösterreich.

Raumplanung NÖ

Die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik: 4
Organisationsstruktur und Arbeitsschwerpunkte.

Dialog lokal

Zentrumszonen in Niederösterreich. 6
Eine erste Bilanz.

Die Strategische Umweltprüfung in der Örtlichen Raumordnung. 8
Erste Erfahrungen.

Ortsplanung miteinander 2006. 10
Schutz vor Naturgefahren.

Dialog regional

Regionalmanagement Niederösterreich 11

Zukunft erfolgreich gestalten: 12
Die NÖ Kleinregionen im neuen Jahrtausend.

SUM 14
Stadt Umland Management Wien-Niederösterreich.

Dialog Niederösterreich

w.i.N-Strategie NÖ: 15
Ein Rückblick auf fünf Jahre Landesentwicklung.

Dialog international

LEADER 2007 bis 2013. 17
Neue Impulse für den Ländlichen Raum.

Stärkung der Regionalen Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich. 18
Das neue EU-Zielprogramm 2007 – 2013.

Europäische Territoriale Zusammenarbeit: 20
Grenzüberschreitende Kooperation 2007 – 2013.

Infos

Wer baut Wien? 22
Hintergründe und Motive der Stadtentwicklung Wiens seit 1989.

Zusammenfassung

English Summary 23
Der eilige Leser 24

RAUMDIALOG: Das erste Wort.

Die beiden Begriffe „Raum“ und „Dialog“ scheinen auf den ersten Blick nicht so recht zusammen zu passen. Zumindest klingt der „Raum-Dialog“ nicht so vertraut in unseren Ohren wie die „Raum-Ordnung“. Gerade deshalb haben wir diese Wortschöpfung als Titel unseres neuen Magazins gewählt. Wir wollen ein Signal setzen für ein Mehr an Offenheit, ein Mehr an Beteiligung und ein Mehr an Vielfalt, als es in dem doch eher strengen Begriff „Raum-Ordnung“ zum Ausdruck kommt. Schließlich haben wir alle Anteil an der Gestaltung unseres gemeinsamen Lebensraums, außerdem ist die Vorstellung einer „von oben“ hergestellten Ordnung des Raums nicht mehr ganz zeitgemäß. Sowohl der Raum als auch der Dialog sind hingegen von Offenheit geprägt – offen für die unterschiedlichen Nutzungsinteressen, offen für eine gemeinsame Konsensfindung, offen für einen breiten Erfahrungsaustausch.

„RAUMDIALOG“ steht somit nicht nur für die Übermittlung von Informationen zur niederösterreichischen Raumordnung. Dieses Magazin soll einerseits eine Plattform für die Vorstellung wissenschaftlicher Grundlagen sein, andererseits aber auch den Meinungsaustausch und den berühmten Blick über den Teller- rand hinaus pflegen. Die Landesentwicklung der Zukunft wird nämlich noch stärker als bisher auch grenzüberschreitend – sei es zu den angrenzenden Bundesländern oder im Sinne eines vereinten Europa auch zu den Nachbarregionen in Tschechien, der Slowakei oder in Ungarn – arbeiten müssen. So kann man auf Trends rascher reagieren, Fehlentwicklungen gegensteuern und den Raum mit Umsicht zum Wohle aller und vor allem nachhaltig nutzen. Das neue NÖ-Raumordnungsmagazin wird dabei gute Dienste leisten.

In diesem Sinne: Das erste Wort ist gesprochen – möge der Dialog nun beginnen!

Dr. Erwin Pröll / Landeshauptmann von Niederösterreich

Von Raum & Ordnung zu RAUMDIALOG.

Nach einigen Jahren Pause hat sich das Land Niederösterreich wieder zur Herausgabe eines Raumordnungsmagazins entschlossen. Das neue Medium „RAUMDIALOG“ ist wie sein Vorgänger „Raum & Ordnung“ als Fachpublikation gestaltet und wendet sich an alle, die täglich mit Raumordnung und Regionalpolitik zu tun haben. Dazu zählen nicht nur Experten und Expertinnen aus Raum- und Landschaftsplanung, Wissenschaft sowie von Regionalplanungsagenturen oder Gemeinden – auch die an der sinnvollen Raumnutzung interessierte Bevölkerung ist eingeladen, sich über Entwicklungen, Entscheidungen oder Perspektiven in der Raumplanung zu informieren.

Die Einstiegsnummer ist noch als eine Art Bilanz über die niederösterreichischen Raumplanungsaktivitäten der letzten drei Jahre gestaltet. Wir hatten in dieser Zeit zwar kein regelmäßig erscheinendes Magazin, aber um so mehr waren wir mit der Raumordnung und Regionalentwicklung in ihrer gesamten Vielfalt und Tiefe beschäftigt. Der Bogen reichte von der Abgrenzung neuer Gebietskulissen der EU-Regionalförderung über die Abwicklung des w.i.N-Prozesses bis hin zu einem umfassenden Strategiewechsel im Umgang mit Handelsgrößen. Wir wollen aber künftig die Berichterstattung nicht nur auf die eigenen Erfahrungen beschränken, sondern an die Qualität des Vorgängers „Raum & Ordnung“ anschließen. Daher streben wir danach, eine große Bandbreite an Themen zu behandeln und den Kreis der Leser und Leserinnen über unser Bundesland hinaus bis in die Grenzregionen unserer Nachbarländer zu erweitern, um auch deren Erfahrungshorizont nutzen zu können.

Ich wünsche dem neuen „RAUMDIALOG“ reges Interesse sowie einen lebhaften und fruchtbaren Diskurs zur Raumordnung und Regionalpolitik und freue mich auf viele Anregungen für die niederösterreichische Raumplanung.

Ernest Gabmann / Landeshauptmann-Stellvertreter



Die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik:

Organisationsstruktur und Arbeitsschwerpunkte.

Raumplanung ist ein vielseitiges Betätigungsfeld, das als Querschnittsmaterie unterschiedliche Nutzungsinteressen im Raum koordiniert.

In der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (RU2) im Amt der NÖ Landesregierung sind mehr als 50 MitarbeiterInnen an fünf Standorten (St. Pölten, Krems/Donau, Baden, Maria Enzersdorf-Südstadt und Wien) mit den vielfältigen Aufgaben ihrer Dienststelle befasst. Neben zentral abgewickelten Tätigkeiten wie etwa die Betreuung des Regionalmanagements und des Stadt-Umland-Managements, die Einrichtung des Biosphärenparkmanagements Wienerwald, die gemeinsame koordinierende Arbeit mit den Planungsabteilungen der Bundesländer Burgenland und Wien im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) und die abteilungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit sind die Aufgaben und Tätigkeiten auf sechs Sachgebiete aufgeteilt.

Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik



PGO.....Planungsgemeinschaft Ost

NAFESNÖ Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren

Im Bereich „Landesentwicklung und -planung“ werden Grundsätze, Ziele und Leitbilder zur räumlichen Ordnung und Entwicklung des Landes Niederösterreich (z.B. das Landesentwicklungskonzept) erarbeitet. Weiters werden durch Analysen von raumstrukturellen Gegebenheiten und Entwicklungen be-



Foto: Niederösterreich-Werbung / L. Lammerhuber



zogen auf das gesamte Landesgebiet oder einzelne Themenbereiche Entscheidungsgrundlagen für eine geordnete Raumentwicklung des Landes NÖ erstellt.

In der „NÖ Landesstatistik“ erfolgt die Aufbereitung und Analyse statistischer Daten (soweit sie nicht dem Datenschutz unterliegen) und die Zusammenarbeit mit der Statistik Austria. Im Rahmen des „statistischen Service“ werden maßgeschneiderte Auswertungen in Tabellen- oder Grafikform für die Dienststellen und AuftragnehmerInnen des Landes sowie für alle LandesbürgerInnen erstellt.

Das Sachgebiet „Regionalplanung“ befasst sich vorrangig mit der Erstellung und Betreuung von Regionalen Raumordnungsprogrammen sowie mit der Erarbeitung regionaler Konzepte. Mit diesen Instrumenten sollen Interessen der Landesentwicklung verbindlich in der örtlichen Raumplanung umgesetzt werden.

Das – personell – größte Sachgebiet, die „Örtliche Raumordnung“, wird in der Öffentlichkeit vielfach als der zentrale Tätigkeitsbereich der Abteilung wahrgenommen, nicht zuletzt aufgrund intensiver Kontakte des Personals mit GemeindevertreterInnen und der Bevölkerung bezüglich Widmungsfragen im Rahmen ihrer Beratungs- und Begutachtungstätigkeit [aufsichtsbehördliches Genehmigungsverfahren für Örtliche Raumordnungsprogramme].

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der „EU Regionalpolitik“ stehen die Gestaltung, das Management und die Verwaltung der EU-Programme, die Vergabe und Kontrolle der Förderungen (2000–2006: Ziel 2 und INTERREG IIIA; 2007–2013: „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich“ und „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“) sowie unterschiedlichste Informations- und Koordinationsaufgaben im Rahmen der für NÖ relevanten Aktionsprogramme der EU.

Im Sachgebiet „Dorf- und Stadterneuerung, NAFES“ liegt der Arbeitsschwerpunkt auf der Initiierung, fachlichen Unterstützung und Förderung von Aktivitäten bzw. Investitionen in den Bereichen Stadt-, Gemeinde- und Ortsentwicklung bzw. Stadt- und Ortskernbelebung (Definition von Stärken und Entwicklungsmöglichkeiten, Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen, Unterstützung bei der Umsetzung). In diesem Sachgebiet ist auch die Aktion „Gemeinde 21“ angesiedelt, die niederösterreichische Version des weltweiten Programms „Lokale Agenda 21“.

So wie wir alle in unserem täglichen Handeln die Entwicklung des Raums mitgestalten, kann eine vielfältige Materie wie die Raumordnung natürlich nicht isoliert von einer Abteilung wahrgenommen werden. Es ist also nur zu selbstverständlich, dass die Koordination mit anderen Fachbereichen einen immer höheren Stellenwert einnimmt. Das gilt sowohl für die rein technisch-fachliche Abstimmung (mit Natur- und Landschaftsschutz, Verkehr, Geologie, Wasserwirtschaft und anderen) als auch in zunehmendem Maße für die fachpolitisch-strategische Abstimmung mit anderen AkteurInnen der Landesentwicklung (Wirtschaft, ecoplus, Tourismus, Landentwicklung, Verkehr, Wohn-

bauförderung und andere). Damit nimmt die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik zur Koordinierung der unterschiedlichen Raumsprüche eine wesentliche Position inmitten einer immer stärker vernetzten öffentlichen Verwaltung ein. ■



Raumplanung will offen sein
für eine breite Zusammenarbeit.

Weiterführende Links:

www.raumordnung-noe.at
www.pgo.wien.at
www.nafes.at
www.gemeinde21.at

Zentrumszonen in Niederösterreich.

Eine erste Bilanz.

Mit der 14. Novelle zum NÖ Raumordnungsgesetz hat der NÖ Landtag einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Regelung der Standorte und Zulässigkeiten von Einzelhandelsgroßstrukturen beschritten.



**Das Zentrum: Funktionaler
Mittelpunkt und Gesicht der Stadt**

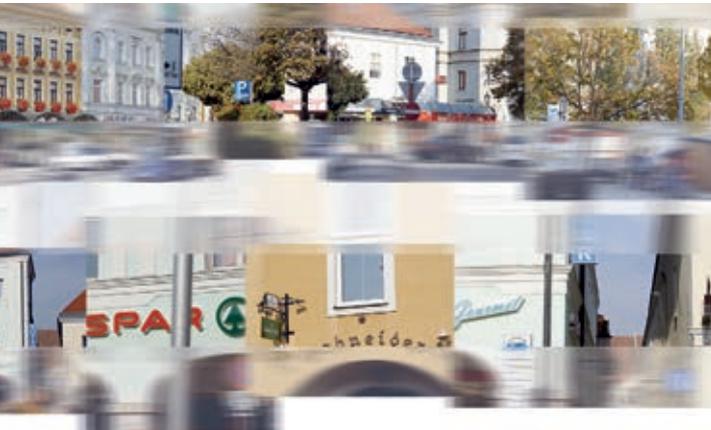
Im Zuge dieser Änderungen wurden die monofunktionalen Sonderwidmungen „Bauland-Einkaufszentrum“ und „Bauland-Fachmarktzentrum“ aus dem Katalog der Baulandwidmungsarten gestrichen. Stattdessen wurde die Möglichkeit neu geschaffen, die multifunktionale Wohnbaulandwidmung „Bauland-Kerngebiet“ mit dem Zusatz „Handelseinrichtungen“ zu versehen. In derart gewidmeten Baulandflächen sind neben den sonstigen Gebäuden (öffentliche Gebäude, Versammlungs- und Vergnügungsstätten, Wohngebäude, ortskernverträgliche Betriebe) nun auch all jene Großformen des Einzelhandels zuzulassen, die zuvor an die Widmungsarten „Bauland-Einkaufszentrum“ und „Bauland-Fachmarktzentrum“ gebunden waren.

Neue Beurteilung. War vor der Novelle des NÖ ROG vor der Festlegung einer der beiden Sonderwidmungen für ein Einkaufs- oder Fachmarktzentrum eine Raumverträglichkeitsprüfung verbindlich durchzuführen, so ist nun vor der Festlegung des Zusatzes „Handelseinrichtungen“ für Bauland-Kerngebiet, die so genannte Zentrumzone, im Flächenwidmungsplan abzugrenzen. Für die Abgrenzung dieser Zentrumszonen gibt das niederösterreichische Raumordnungsgesetz relativ genaue Kriterien vor. Damit hat sich das NÖ ROG von der Beurteilung eines (zumeist schon recht konkreten) Projekts auf einem Einzelstandort zugunsten einer den gesamten Ort umfassenden ganzheitlichen Betrachtungsweise verabschiedet.

Nachdem diese 14. Novelle des NÖ ROG am 9. Dezember 2004 beschlossen wurde, ist sie am 2. März 2005 rechtswirksam geworden. Im Juni 2005 wurde von der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik schließlich ein Leitfaden zur Abgrenzung von Zentrumszonen herausgegeben. Zuletzt wurden die Zentrumszonen auch bei der Neugestaltung der Wohnbauförderung berücksichtigt, denn seit 1. Jänner 2006 gibt es Zuschläge für eine besondere Lagequalität – diese ist dann gegeben, wenn das Fördervorhaben in einer Zentrumzone liegt.

Positive Bilanz nach zwei Jahren. Bis zum Jänner 2007 haben insgesamt bereits 20 Gemeinden ihre Zentrumszonen rechtswirksam ausgewiesen, in weiteren 6 Gemeinden war das Verfahren zur Ausweisung der Zentrumszonen bereits mehr oder weniger fortgeschritten. Insgesamt leben in diesen Gemeinden etwa 270.000 EinwohnerInnen. Von weiteren 15 Gemeinden war im Jänner 2007 definitiv bekannt, dass sie mit der Abgrenzung der Zentrumszonen bereits begonnen haben (da die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik erst mit dem Start eines Verfahrens von der Ausweisung erfährt, dürfte die tatsächliche Zahl höher sein). In diesen Gemeinden wohnen weitere knapp 170.000 EinwohnerInnen. In den 41 Gemeinden, die sich bereits mit der Ausweisung auseinandergesetzt haben oder

auseinandersetzen, leben somit in Summe etwa 430.000 Menschen. Das sind immerhin knapp 28 % der Gesamtbevölkerung Niederösterreichs (1.545.804 EW), wobei die EinwohnerInnen jener Gemeinden in Abzug zu bringen sind, die auf Grund ihrer Größe und Siedlungsstruktur keine Zentrumzone ausweisen werden können. Im Hinblick auf die Größenverteilung der betreffenden Gemeinden lässt sich eine breite Streuung über die unterschiedlichen Klassen feststellen, wobei deutlich wird, dass Gemeinden mit mehr Einwohnern tendenziell vollständiger ihre Zentrumzonen bereits ausgewiesen haben bzw. gerade dabei sind. So sind bereits alle Gemeinden mit mehr als 20.000 Ein-



wohnerInnen, mehr als die Hälfte der Gemeinden mit 10.000 bis 20.000 EinwohnerInnen sowie mehr als ein Drittel der Gemeinden mit 5.000 bis 10.000 EinwohnerInnen zumindest schon in Arbeit. Lediglich eine einzige Gemeinde mit weniger als 2.000 EinwohnerInnen hat bereits eine Zentrumzone ausgewiesen (es war dies übrigens einer der ersten Anwendungsfälle überhaupt).

Erste Zentrumzonen ausgewiesen.

Die bisherige Verteilung der Zentrumzonen nach Gemeindegrößenklassen:

Größenklasse	Anzahl Gemeinden in NÖ	Anzahl Gemeinden mit Zentrumzone
über 20.000 EW	7	7
10.001 – 20.000 EW	13	8
5.001 – 10.000 EW	41	15
2.001 – 5.000 EW	158	10
2.000 EW und darunter	354	1
Summe	573	41

Stand: 2001

Der Leitfaden zum Abgrenzen von Zentrumzonen hat sich bewährt. In der Regel werden die Untersuchungsergebnisse der Gemeinden gut und nachvollziehbar aufbereitet, und im Zuge der aufsichtsbehördlichen Genehmigung musste bisher nur in wenigen Fällen eine Zentrumzone verkleinert oder ganz darauf verzichtet werden.

Teil einer Gesamtstrategie.

Die Möglichkeit der Ausweisung von Zentrumzonen im Flächenwidmungsplan stellt einen wesentlichen Baustein der niederösterreichischen Politik zur Stärkung der Ortskerne dar. Das Gesamtpaket dieser Strategie wird durch mehrere Förderaktionen des Landes (Wohnbauförderung, Stadterneuerung, NAFES) ergänzt. Die Novelle des Raumordnungsgesetzes wird daher von den niederösterreichischen Gemeinden in äußerst zufrieden stellender Weise umgesetzt. Die nächsten Jahre werden zeigen, in wie weit diese Strategie auch Früchte trägt.



Plan: siedlungsraumplanung

Die Strategische Umweltprüfung in der Örtlichen Raumordnung.

Erste Erfahrungen.

Am 21. Juni 2001 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (SUP-Richtlinie) erlassen. Im NÖ Raumordnungsgesetz wurde diese Richtlinie im Rahmen der 14. Novelle (beschlossen vom NÖ Landtag am 9. Dezember 2004 – in Rechtswirksamkeit erwachsen am 2. März 2005) umgesetzt.



Foto: Magna Racino



Foto: Hermann Reining



Foto: Energiepark Bruck/Laitha

Im April 2005 wurde daraufhin von der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik ein Leitfaden für die praktische Handhabung der relevanten Bestimmungen in der Örtlichen Raumordnung erarbeitet und an alle im Auftrage der niederösterreichischen Gemeinden tätigen OrtsplanerInnen übermittelt.

Nach Salzburg und Kärnten war Niederösterreich damals das dritte Bundesland, das die SUP-Richtlinie in der Raumplanung legislativ umgesetzt hat. Schlusslicht war das Burgenland, sodass nun alle Bundesländer bzw. deren Raumordnung einschlägige Regelungen vorsehen.

Österreich-Vergleich.

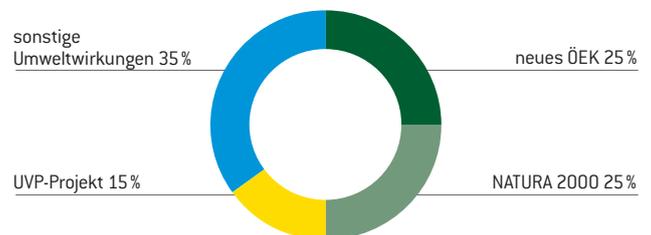
Vom Lebensministerium wurde im Dezember 2006 eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, um die verschiedenen Erfahrungen auszutauschen. Unter den ersten Informationen anderer Bundesländern ist dabei insbesondere folgender Vergleich mit Salzburg (es wurden lediglich von diesem Bundesland entsprechende Zahlen genannt) interessant:

Bundesland	Änderungsverfahren	SUP-Vorprüfungen	durchgeführte SUPs
Salzburg	bis 400	bis 300	10 – 15
Niederösterreich	etwa 410	etwa 280	etwa 50

Quelle: Dr. Christoph Braumann, Amt der Salzburger Landesregierung, eigene Recherchen. Die Werte beziehen sich jeweils auf den Zeitraum von einem Jahr.

Die Übereinstimmung in der Zahl der Änderungen, sowie dem Anteil der Vorprüfungen („Umwelterheblichkeitsprüfung“ in Salzburg, „Screening“ in Niederösterreich) fällt ebenso auf, wie

Anlässe für SUP in der örtlichen Raumordnung



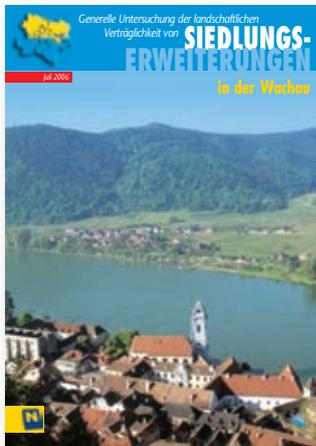
der deutliche Unterschied im Anteil der durchgeführten Strategischen Umweltprüfungen. Diese Abweichung ist jedoch daraus zu erklären, dass Niederösterreich einerseits einen wesentlich höheren Flächenanteil am NATURA 2000-Netzwerk hat und andererseits in Niederösterreich die Örtlichen Entwicklungskonzepte rechtlich verbindlich sind, wodurch auch diese eine SUP auslösen können. Aus der bisherigen Erfahrung zeigt sich, dass diese beiden Anlassfälle NATURA 2000 oder Örtliches Entwick-



Klarer Auftrag der EU:
Global denken – lokal handeln!

lungskonzept (ÖEK) zusammen jede zweite der bisherigen Strategischen Umweltprüfungen ausgelöst haben. Jede sechste SUP ist deshalb durchzuführen, weil das Widmungsverfahren den Rahmen für ein UVP-pflichtiges Projekt setzt. In den restlichen Fällen ist die Erheblichkeit sonstiger Umweltauswirkungen der Auslöser für eine SUP.

Verbesserte Grundlagen und Hilfsmittel. Leitfäden für die Umsetzung der SUP in der Örtlichen Raumordnung gibt es bisher auch in der Steiermark und in Kärnten. Für Niederösterreich ist geplant, den als Arbeitsgrundlage den OrtsplanerInnen zur Verfügung gestellten Leitfaden zu überarbeiten und in ansprechender Form zu veröffentlichen. Insbesondere die Erfahrungen mit dem Screening-Formular haben sich als äußerst unbefriedigend erwiesen. Daher hat die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik einen neuen Entwurf erstellt, der derzeit erprobt wird.

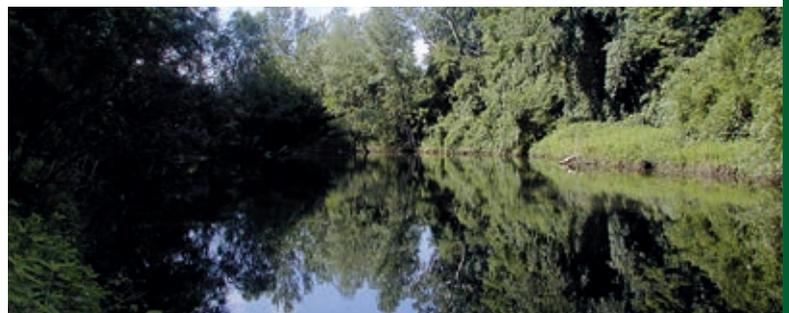


Auch im Hinblick auf den Umweltbericht selbst läuft über die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik noch ein Forschungsauftrag des Landes Niederösterreich. Hier geht es insbesondere darum, den Prüfgegenstand richtig abzugrenzen. Im Falle der generellen Überarbeitung eines Örtlichen Raumordnungsprogramms werden dabei folgende drei Denkvarianten verfolgt:

- a) Prüfung jeder einzelnen planlichen Festlegung (im Flächenwidmungsplan sowie im Örtlichen Entwicklungskonzept) – wie es jetzt auch bei den meisten Änderungsverfahren der Fall ist.
- b) Prüfung ALLER Handlungsoptionen, einschließlich der bestehenden gewidmeten Reserven, weil ja auch bei diesen die Möglichkeit der Planänderung besteht.
- c) Konzentration auf die strategischen Hauptaufgaben des Raumordnungsprogramms (die einzelnen Widmungsfälle

oder ÖEK-Festlegungen können dann jeweils einer Strategie zugeordnet werden und werden sozusagen im Block beurteilt.

Darüber hinaus sollen weitere Hilfsmittel zu einzelnen Fachthemen erarbeitet und entsprechend veröffentlicht werden. Einen ersten Vorgeschmack bildet der „Leitfaden für die landschaftliche Verträglichkeit von Siedlungserweiterungen in der Wachau“. Dieser Leitfaden (siehe auf www.raumordnung-noe.at im Menü Gemeinde



Fotos: Büro Land in Sicht

Natur und Kultur als Schutzgüter

unter „Örtliche Raumordnung“ – Spezialthemen) bildet sozusagen den Untersuchungsrahmen für die Auswirkungen von Planungen auf das Schutzgut Kulturlandschaft.

Ortsplanung miteinander 2006.

Themenschwerpunkt: Schutz vor Naturgefahren.

Am 30. November 2006 fand im Schloss Sitzenberg die schon bewährte Arbeitstagung „Ortsplanung miteinander“ statt. Seit vielen Jahren widmet sich diese Veranstaltung der gemeinsamen Information und Diskussion von Themen und aktuellen Problemen der örtlichen Raumordnung.



Fotos: Wildbach- und Lawinerverbauung

Das Bedrohungspotential für Siedlungen ist vielfältig.

2006 trafen einander etwa 90 Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreise der freiberuflichen OrtsplanerInnen wie auch aus der Beamtenschaft, um sich über das Thema „Schutz vor Naturgefahren“ auszutauschen.

Interessante Hauptvorträge. DI Bernd Winkler (Abt. Wasserwirtschaft) stellte Maßnahmen aus dem „Hochwasserkonzept NÖ“ vor. Darunter fallen beispielsweise eine flächendeckende Ausweisung der Hochwasserabflussgebiete (HQ30 und HQ100) sowie der Gefahrenzonen und der Vorrangflächen für Retentionsräume für alle Hauptgewässer in NÖ, eine darauf konsequent abgestimmte Flächenwidmung, ein integratives Risikomanagement im Zusammenwirken von

Ländern, Bund und Wissenschaft sowie die Adaptierung von Raumordnungs- und Baurecht.

DI Helmut Aigner (BMLFUW, Wildbach- und Lawinerverbauung) erläuterte sehr anschaulich die rechtlichen Grundlagen, das Verfahren zur Erstellung und die wesentlichen Inhalte der „Gefahrenzonenpläne (GZP) des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinerverbauung“. Ein GZP enthält u.a. eine Rote Gefahrenzone, in der eine ständige Flächennutzung für Siedlungszwecke infolge der Gefährdung durch Wildbäche oder Lawinen nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, und eine Gelbe Gefahrenzone, in der die Benützung beeinträchtigt ist. Es ist geplant, in NÖ bis 2010 in 356 Gemeinden GZP zu erstellen.

Dr. Joachim Schweigl (NÖ Geologischer Dienst) gelang es mit sehr eindrücklichen Bildern „Geogenes Baugrundrisiko“ zu vermitteln. Zu den geogenen Gefahren zählen Rutschungen, Felsstürze, Erdbeben, Strahlungen und Hohlräume wie ehemalige unterirdische Abbaue. Als vorbeugende Maßnahmen in der Ortsplanung wurden die Nutzung verschiedener Datenbanken (Bergwerke, Baugrund- und Bohrdaten) aber auch eine kostenlose Erstberatung beim NÖ Geologischen Dienst angeboten.

Sinnvolle Ergänzung. In guter Ergänzung zum Hauptthema des Tages gab es noch den Schwerpunkt „Klimaschutz“. Dazu präsentierte DI Manfred Brandstätter (Abt. Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung) das „NÖ Klimaprogramm“, DI Bernhard Haas (Abt. Raumordnung-Dorferneuerung) den aktuellen Ansatz zur ländlichen Energiestrategie in der Dorferneuerung und DI Christoph Westhauser (Abt. Gesamtverkehrsangelegenheiten) den Beitrag „Radverkehr NÖ“ mit dem Schwerpunktthema „Alltagsradfahren“ für 2007.

Weiters berichteten DI Brigitta Mirwald (Abt. Naturschutz) über Aktuelles zu NATURA 2000, DI Michael Maxian (Abt. Raumordnung und Regionalpolitik) zur geplanten Neufassung des NÖ Raumordnungsgesetzes, Mag. Barbara Trettler (Abt. Allgemeine Förderung-NÖ Spielplatzbüro) über die Gestaltung von Spielplätzen in NÖ, DI Helma Hamader (Abt. Raumordnung und Regionalpolitik) zur Baulandbilanz sowie DI Ernst Tringl (Abt. Raumordnung und Regionalpolitik) zur Nachfolgeregelung für die landwirtschaftlichen Vorrangflächen.

Genaue Unterlagen zu den Vorträgen können auf der Webseite www.raumordnung-noe.at im Menü Gemeinde-Örtliche Raumordnung eingesehen werden.

Die interessanten Beiträge zur Themenpalette und die rege Beteiligung der TeilnehmerInnen haben die Veranstaltung einmal mehr zu einem großen Erfolg gemacht, und man darf sich auf die nächste Tagung im Herbst 2007 freuen.

Regionalmanagement Niederösterreich

Regionalmanagement hat in Niederösterreich eine langjährige Tradition! Was vor über zwanzig Jahren im Waldviertel vorbildhaft begonnen hat, ist seit 1995 zu einer flächendeckenden Einrichtung geworden. Bis 2004 bildeten regionale Trägervereine die Basis für die vom Land NÖ finanzierten und durch EU-Förderungen unterstützten Regionalmanagements. Im Zuge der Vorarbeiten für die neue EU-Periode 2007 – 2013 wurde angesichts knapper werdender Mittel das Finanzierungssystem neu überlegt, was schließlich 2004 zur Gründung des Dachvereins „Regionalmanagement Niederösterreich – Verein zur Unterstützung der Landesentwicklung“ führte. Durch die Neustrukturierung können Synergien in verschiedenen Bereichen (z.B. ein Anstellungsträger für alle unmittelbaren MitarbeiterInnen des Regionalmanagements, gebündelte Buchhaltung, einheitliches Rechnungswesen, einheitliche Standards in der Projektbetreuung) genutzt werden. Nicht zuletzt wird durch ein einheitliches Auftreten als Regionalmanagement NÖ die gemeinsame Arbeit zum Wohle aller Regionen Niederösterreichs dokumentiert.

Klare Ziele – klare Aufgaben. Regionalmanagement gilt im Rahmen der europäischen Regionalentwicklung als Basisinstrument einer eigenständigen Regionalentwicklung. Davon ausgehend soll auch das Regionalmanagement Niederösterreich den bisher erfolgreich eingeschlagenen Weg der eigenständigen und nachhaltigen Regionalentwicklung konsequent fortsetzen und unter Einbeziehung unterschiedlicher Partnerorganisationen eine koordinierte Regionalentwicklung schaffen bzw. stärken.

Das Regionalmanagement Niederösterreich betreut in den fünf Hauptregionen die Geschäftsfelder

- WIN – Landes- und Regionalentwicklung
- Ländliche Entwicklung
- Europäische Territoriale Zusammenarbeit
- Kleinregionentwicklung und Gemeindekooperationen
- Regionale Koordination, Plattform-Management (Regional Governance)

Die Arbeit innerhalb dieser Geschäftsfelder bedeutet, einen permanenten Ausgleich zwischen „top down“- und „bottom up“-Entscheidungsflüssen herzustellen. Hierzu bedarf es der stän-



Organisation und Koordination sind die Basis der Arbeit im Regionalmanagement.

digen Abstimmung von Landes- und Regionsinteressen sowie der regionsrelevanten Interessen der Partnerorganisation. Nur so kann das Regionalmanagement Niederösterreich seiner Rolle als „doppelläufige Kommunikationsschiene“ gerecht werden, die einerseits Landesstrategien und -entwicklungsziele in die Regionen hinausträgt und andererseits Signale aus den Regionen zu ihren Entwicklungstendenzen oder -bedürfnissen zurück in die Landesregierung bzw. -verwaltung transportiert.

Definierte Prozesse und Grundsätze. Generell lässt sich der Arbeitsprozess im Regionalmanagement folgendermaßen festlegen:

Anfragen/Ideen aufgreifen – Umsetzungswege skizzieren – Projektstart vorbereiten – Umsetzung beobachten/lenken/steuern/verwalten – Nachhaltigkeit sichern – Wissen sichern.

Grundprinzipien bzw. Basisdienstleistungen dabei sind

- Kundenorientiertheit (ProjektträgerInnen, Gemeinden etc.)
- Arbeitsteilung und gezielter Dialog mit PartnerInnen und Vorfeldorganisationen
- Vermittlung von Wünschen zwischen Projektbeteiligten
- Koordination, Information und Zusammenführung
- Kontaktvermittlung für Unternehmen zu den zuständigen Fachabteilungen und Landesgesellschaften

Infos: www.regionalmanagement-noe.at

Obmann: Univ.-Prof. DI Dr. Friedrich Zibuschka

Tel.: 02742/9005-14971

Zukunft erfolgreich gestalten: Die NÖ Kleinregionen im neuen Jahrtausend.



Foto: RRI Niederösterreich

Lässt man die letzten Jahre Revue passieren, so stellt man fest, dass interkommunale Kooperation zu einem immer wichtigeren Betätigungsfeld für die niederösterreichischen Gemeinden geworden ist.

Besonders in den letzten sechs Jahren ist die Zahl der kleinregionalen Zusammenschlüsse markant gestiegen, und das Ziel einer Flächendeckung ist in den fünf Hauptregionen nahezu erreicht.

Das Geheimnis des Erfolges. Dieser „Boom“ der letzten Jahre lässt sich auf folgende Faktoren zurückführen:

- Im Zuge der Neuausrichtung des Regionalmanagements in Niederösterreich wurde je ein/e KleinregionsbetreuerIn in den Regionalmanagement-Büros besetzt, sodass der

Aufbau der Kleinregionen wesentlich vorangetrieben werden konnte. So sind seit dem Jahr 2001 mehr als die Hälfte aller Kleinregionen entstanden (im Vergleich zum Zeitraum 1985 bis 2000).

- **Neue Förderrichtlinien** für die kleinregionale Zusammenarbeit im Jahr 2001 haben die Anreize für die Gemeinden zur Kooperation weiter ausdifferenziert. Das Instrument des Kleinregionalen Rahmenkonzepts wurde eingeführt, wodurch Förderungen im Bereich der örtlichen Raumordnung ermöglicht wurden.

- Die bestehenden und auch die neuen Kleinregionen waren an der **Erarbeitung der Landesstrategie** (WIN-Prozess) maßgeblich beteiligt. In Workshops wurden die Themen der Landesentwicklung diskutiert und konkrete Umsetzungsmaßnahmen erarbeitet. Einige der im Rahmen des WIN-Prozesses entstandenen Kleinregionen haben hier erste Erfahrungen im Bereich gemeindeübergreifender Kooperation gesammelt und blieben auch nach Übergabe der Resultate an den Landeshauptmann im September 2004 kleinregional aktiv.

Orientierung – Potentiale – Identität. Derzeit zählt Niederösterreich 60 Kleinregionen, die mit unterschiedlicher Intensität zusammenarbeiten. 46 Kleinregionen haben ein Kleinregionales Entwicklungskonzept erstellt, mit dem Ziel die endogenen Potentiale zu nutzen und die Identität in der Kleinregion zu festigen. Ein wesentliches Merkmal ist die strategische Ausrichtung auf bestimmte Entwicklungs- und Projektschwerpunkte, um die operative Komponente zu stärken. Auch das Kleinregionale Rahmenkonzept, das den Gemeinden zur Abstimmung in Belangen der Raumordnung über die Gemeindegrenzen hinweg dient, hat seit seiner Einführung im Jahr 2001 einen Aufschwung erfahren. Mittlerweile haben acht Kleinregionen sich dafür entschieden, ein Kleinregionales Rahmenkonzept gemeinsam mit einem beauftragten Planungsbüro zu erarbeiten. Davon sind

Beteiligungsgrad der NÖ Gemeinden in Kleinregionen (Stand 02/2007)

Mitglied in	Gemeindeanzahl		Einwohner 2005		Fläche in km ²	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
... einer Kleinregion	453	79,1	1.135.638	72,4	15.791,34	82,3
... keiner Kleinregion	120	20,9	433.958	27,6	3.386,44	17,7
Niederösterreich	573	100,0	1.569.596	100,0	19.177,78	100,0

eine aktuelle Auflistung und Karte zu Kleinregionen in NÖ finden man auf www.raumordnung-noe.at im Menü Region – Kleinregionen



Foto: Genussregion Waldviertler Mohn



Foto: Kleinregion March-Thaya-Auen



Foto: Gemeinde Jedenspeigen



Foto: Wienerwald-Initiativ-Region

Kleinregionen: Gemeinsam durch den Strom der Entwicklung steuern, für Ziele kämpfen und Erfolge feiern.

bereits sechs Konzepte abgeschlossen, die als Orientierungsrahmen für die örtliche Raumordnung dienen.

Neue Landesinitiativen für Kleinregionen.

Wurde noch in den 1990er Jahren das Hauptaugenmerk bei den Kleinregionen auf die Grundlagenarbeit gelegt (Aktivierung der Gemeinden, Aufbau von Kleinregionen, Erstellung von Konzepten u.ä.), verlagern sich die Tätigkeitsschwerpunkte seit den letzten Jahren zunehmend auf Installierung eines qualitativen Managements, Umsetzung der in den Konzepten angeführten Maßnahmen oder Erreichung der gesetzten Ziele. Um die Kleinregionen auch dabei zum Erfolg zu führen, gilt es, diese neuen Anforderungen verstärkt zu berücksichtigen.



Kleinregionen sind auch LH-Stv. Ernest Gabmann ein wichtiges Anliegen!

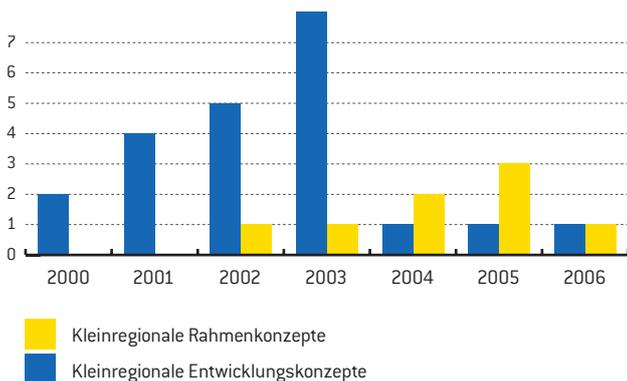
Foto: RM/Niederösterreich

Im Jahr 2003 wurde der **Kleinregionale Entwicklungsfonds** für innovative Projekte, die einen Mehrwert für die kooperierenden Gemeinden leisten, initiiert. Mit seiner Hilfe sollen neuartige

Projektideen zur Umsetzung gelangen. Durch das Verfassen eines **Projekthandbuchs** werden die Resultate und Erfahrungen auch anderen Kleinregionen zugänglich gemacht. Seit der Einführung dieser Förderschiene wurden 26 Projektanträge aus den Kleinregionen genehmigt. Schwerpunkte

wurden vor allem in den Bereichen Verwaltungskooperation, interkommunale Standortkooperation, Sensibilisierung der Bevölkerung und Daseinsvorsorge gesetzt. Gemeinsam mit dem Regionalmanagement Niederösterreich wird jährlich der **NÖ Kleinregionentag** organisiert mit dem Ziel, den Kleinregionen ein Forum für einen breiten Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung der AkteurInnen zu bieten. Darüber hinaus können die Gemeinden seit dem Vorjahr um eine **Startförderung für die Einrichtung eines Kleinregionsmanagements** ansuchen. Dabei werden die Personalkosten der KleinregionsmanagerInnen auf drei Jahre finanziell unterstützt. Begleitend wurde im heurigen Jahr mit dem Aufbau einer **Qualifizierungsschiene für KleinregionsmanagerInnen** begonnen, die darauf abzielt, eine fachliche Hilfestellung für die anspruchsvolle Tätigkeit zu gewährleisten.

Anzahl der genehmigten Kleinregionalen Entwicklungs- und Rahmenkonzepte im Zeitraum von 2000 – 2006



Quelle: RU2 Februar 2007

Voll Optimismus in die Zukunft. Im Bereich interkommunale Kooperation ist in den letzten Jahren viel passiert. Es wird aber auch in Zukunft wesentlich sein, auf Änderungen möglichst rasch zu reagieren und den Kleinregionen optimale Rahmenbedingungen für ihre Zusammenarbeit zu bieten. Dann kann man hoffentlich auch weiterhin vom „Erfolgsrezept Kleinregion“ sprechen!

SUM

Stadt Umland Management Wien-Niederösterreich.

„Viele Entwicklungen am Wiener Stadtrand, im Stadt-Umland, bedürfen einer engeren Zusammenarbeit über die Ländergrenze hinweg,“ betonen PolitikerInnen, Fachleute und BürgerInnen immer wieder aufs Neue.

Dabei geht es längst nicht nur um das Zusammenwirken von Niederösterreich und Wien. Auch zwischen den Gemeinden verläuft vieles unkoordiniert: Planung erfolgt meist nach gemeinde-

- Projektarbeit im Sinne von Initiierung und laufender Betreuung von Regionalprojekten (nicht Projektmanagement)

Organisatorisch ist das Stadt Umland Management Teil des Vereins „Niederösterreich/Wien – gemeinsame Entwicklungsräume“. Inhaltlich wird das SUM von der SUM-Steuerungsgruppe unter dem Vorsitz des Baudirektors des Magistrats der Stadt Wien, DI Gerhard Weber, und des Leiters der Gruppe Raumord-



Foto: SUM

internen Gesichtspunkten. Dabei ist der Ballungsraum im Süden von Wien die größte „Stadt“ Niederösterreichs, denn je nach Abgrenzung wohnen in dem zusammenhängenden Siedlungsraum über 80.000 EinwohnerInnen. Und der nördliche Stadtrand lässt nicht zuletzt im Zuge der Errichtung hochrangiger (Straßen-)Infrastrukturen eine dynamische Entwicklung erwarten.

Gemeinsame Koordination im Stadt-Umland. Mit dem Stadt Umland Management (SUM) wird nun von den Ländern Wien und Niederösterreich eine gemeinsame Koordinierungsstelle für Fragestellungen und Projekte geschaffen, die speziell die Stadtrandbereiche von Wien und das niederösterreichische Umland betreffen. Das SUM ist eine Weiterentwicklung der ehemaligen Regionalmanagements „Wien Umland“ und „Wien Nord Ost“ und arbeitet in folgenden Aufgabenfeldern:

- Information zu länderübergreifenden, regional relevanten Aktivitäten
- Koordination und Vernetzung auf der Ebene der Umlandgemeinden, zwischen Wiener Bezirken und Umlandgemeinden sowie zwischen den Landesdienststellen von Wien und NÖ

nung, Umwelt und Verkehr der Niederösterreichischen Landesregierung, Univ.-Prof. DI Dr. Friedrich Zibuschka gelenkt. Dieser Gruppe gehören außerdem VertreterInnen der Planungsabteilungen von Wien und NÖ sowie politische VertreterInnen der Wiener Stadtrandbezirke bzw. der niederösterreichischen Umlandgemeinden an.

Kontakt erwünscht.

Nähere Informationen zum Stadt Umland Management findet man unter www.stadt-umland.at sowie bei

Andreas Hacker
Schwartzstraße 50, 2500 Baden
Tel.: 0043 (0)2252/9025-11637
Fax: 0043 (0)2252/9025-11645
Mobil: 0676/812 20 330
E-Mail: sum.sued@stadt-umland.at

Renate Zuckerstätter-Semela
Zschokkegasse 91 Lokal 1, 1220 Wien
Tel.: 0043 (0)1/4000-88849
Fax: 0043 (0)1/285 0845
Mobil: 0664/85 90 117
E-Mail: sum.nord@stadt-umland.at

w.i.N-Strategie NÖ:

Ein Rückblick auf fünf Jahre Landesentwicklung.

Politik und Gesellschaft sehen sich nicht nur in Niederösterreich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert. Neben politisch-institutionellen Veränderungen sind insbesondere demographische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungstrends zu nennen, die das Leben in Niederösterreich beeinflussen.

Bevölkerung und Wirtschaft erwarten sich in derart schnell wandelnden Zeiten Orientierung sowie Planungs- und Entscheidungssicherheit. Dazu bedarf es klarer Zukunftsleitbilder für das Land als Ganzes, seine Regionen sowie für die unterschiedlichsten Themenbereiche. Vor diesem Hintergrund hat das Land Niederösterreich im Jahr 2002 das Projekt „w.i.N“ initiiert. „w.i.N“ steht gleichermaßen für „Wir in Niederösterreich“ wie für „gewinnen“. Dabei handelt es sich um einen strategischen Leitbildprozess, der durch konzeptionelle Überlegungen die Chancen, Probleme, Risiken und Potentiale des Landes frühzeitig zu erkennen und in ein vertrautes Bild zu gießen versucht.

Das Landesentwicklungskonzept. Das „Niederösterreichische Landesentwicklungskonzept“ ist Ausgangspunkt der landesweiten Strategie. Es wurde im Zuge eines rund drei Jahre dauernden Prozesses in abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppen erarbeitet und im September 2004 durch die Niederösterreichische Landesregierung beschlossen. Es formuliert ausgehend von den wesentlichsten Herausforderungen die wichtigsten Ziele, Prinzipien und grundsätzlichen Strategien zur Landesentwicklung in Form eines integrativen Leitbildes. Das Konzept ist als Grundsatzdokument das zentrale Koordinierungs-, Steuerungs- und Informationsinstrument des Landes Niederösterreich und bleibt daher räumlich sowie thematisch relativ allgemein. Die regionale und sektorale Konkretisierung seiner zentralen Zielsetzungen – Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen, wettbewerbsfähiger Regionen und einer nachhaltigen Raumentwicklung – erfolgte in zwei darauf aufbauenden Folgekonzepten.

Perspektiven für die Hauptregionen. Die „Perspektiven für die Hauptregionen“ stellen einen weiteren zentralen Baustein im Zuge des Umsetzungsprozesses des Niederösterreichischen Landesentwicklungskonzepts dar.



Aufbauend auf einer Stärken-Schwächen-Analyse für die fünf Hauptregionen (= Regionale Entwicklungsverbände: Waldviertel, Weinviertel, Industrieviertel, NÖ Mitte, Mostviertel) wurde von externen ExpertInnen eine Weiterentwicklung der Grundsätze und Prinzipien des Landesentwicklungskonzepts vorgenommen. Dabei lag das Hauptaugenmerk weniger auf der thematischen, sondern stärker auf der regionsspezifischen Konkretisierung der Ziele und Maßnahmen mit Hilfe von räumlichen Leitbildern. Die Regionalen Perspektiven wirken somit in die jeweilige Region, die direkte Betroffenheit der Bevölkerung vor Ort ist als relativ hoch einzuschätzen. Ein eigens installierter regionaler Beteiligungsprozess hat diesem Umstand Rechnung getragen.

Sektorale Perspektiven. Neben einer regionalen wurde in den letzten zwei Jahren auch eine thematische Schärfung des Landesentwicklungskonzepts vorgenommen. In eigens dafür geschaffenen Arbeitskreisen wurden von den Fachabteilungen des Landes für verschiedene Themenbereiche im Wirkungs-

bereich des Landes (von der Abfallwirtschaft über das Siedlungswesen bis zur Wasserwirtschaft) Grundlagen erarbeitet. Sie bilden einen wichtigen Baustein im Abstimmungsprozess zwischen den betroffenen Fachabteilungen in raumrelevanten Fragen.

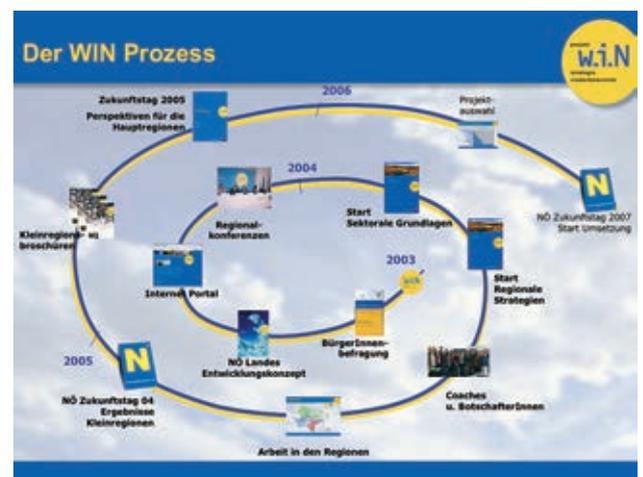
Der Kooperations- und Beteiligungsprozess. Die Qualität jedes (Planungs) Prozesses hängt letztendlich von dessen Akzeptanz ab. Daher wurde im Rahmen der „w.i.N-Strategie“ von Anfang an einem breiten Kooperations- und Beteiligungsprozess hohe Bedeutung beigemessen. Während daher bei-

Erfolgreicher Weg in die Zukunft. Im Jänner 2007 konnte am NÖ Zukunftstag auf einen überaus erfolgreichen Weg zurückgeblickt werden. Gleichzeitig wurden auch erste Gedanken über den Fortgang der „w.i.N-Strategie“ präsentiert. Die Strategie NÖ soll auch weiterhin Orientierungs- und Handlungsrahmen für zukunftsweisende Projekte in Niederösterreich sein. Der Prozess soll künftig noch stärker in den Regionen wirken, indem ganz konkrete Projekte vor Ort umgesetzt werden. Genaue Informationen zu den geplanten Schritten im „w.i.N-Prozess“ sowie zur bisherigen Entwicklung sind auf der Homepage <http://www.strategie-noe.at> zu finden.



w.i.N: Miteinander neue Perspektiven suchen und den Horizont erweitern.

spielsweise bei der Erarbeitung der Sektoralen Perspektiven durch die Etablierung von Arbeitsgruppen der Grundgedanke der Kooperation auf fachlicher Ebene im Mittelpunkt stand, wurde an anderer Stelle den BürgerInnen die Möglichkeit geboten, sich am Prozess zu beteiligen. So wurde zu Beginn des Gesamtprojekts eine der größten Bürgerbefragungen Österreichs mit rund 53.000 Antworten durchgeführt, an der Erstellung der Regionalen Perspektiven haben rund 6.000 BürgerInnen in mehr als 200 Veranstaltungen in 68 Kleinregionen mit ihren Wünschen und Visionen überaus rege teilgenommen. Außerdem konnten ab 2003 auf einer eigenen Homepage Diskussionsbeiträge zur Strategie NÖ eingebracht werden.



LEADER 2007 bis 2013.

Neue Impulse für den Ländlichen Raum.



Foto: Tourismusverband Bucklige Welt

Der Korb ist gefüllt und wartet auf die Ausschöpfung.

Mit der EU-Programmperiode 2007 – 2013 ergeben sich für die Gemeinschaftsinitiative LEADER programmspezifische Änderungen, die eine Aufstockung der Mittel und Maßnahmenausweitung bedeuten.



Foto: LEADER-Region Traisental-Donauland

Bislang war LEADER ein eigenes Programm und als „Experimentierstätte“ für die Entwicklung des Ländlichen Raums konzipiert. Mit Beginn der neuen EU-Förderperiode wird LEADER laut VO 1698/

2005 als 4. Schwerpunktachse in das Programm Ländliche Entwicklung 2007 – 2013 integriert, wobei im LEADER-Ansatz zumindest 5 % der Gesamtmittel (€ 11,5 Mio./Jahr für Niederösterreich) für die ländliche Entwicklung Verwendung finden.

Das Programm Ländliche Entwicklung soll durch in vier Schwerpunkten definierte Maßnahmen zur Erreichung folgender Ziele beitragen:

Schwerpunkte	Ziele	Maßnahmen (Auszug)
Schwerpunkt 1	Unterstützung der Land- und Forstwirte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit	z.B. Berufsbildung und Informationsmaßnahmen, Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe
Schwerpunkt 2	Erhaltung und Verbesserung der Umwelt und Landschaft	z.B. Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen, Zahlungen im Rahmen von NATURA 2000
Schwerpunkt 3	Förderung der Lebensqualität und der Wirtschaft im ländlichen Raum	z.B. Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten, Förderung des Fremdenverkehrs, Dorferneuerung
Schwerpunkt 4	LEADER	Umsetzung der lokalen Entwicklungsstrategie im Rahmen der Maßnahmen der Schwerpunkte 1 – 3 sowie weiterer Maßnahmen, die zur Erreichung der Ziele 1 – 3 beitragen; interterritoriale und transnationale Kooperationen; Management der lokalen Aktionsgruppen

Bewährter Ansatz. Keine Änderungen ergeben sich bei den grundsätzlichen **Charakteristika** des LEADER-Ansatzes:

- Basis der LEADER-Tätigkeiten ist eine gebietsbezogene, lokale Entwicklungsstrategie, die von der Lokalen Aktionsgruppe zu erarbeiten und als zentrales Dokument für die nachhaltige Entwicklung der Region anzusehen ist.
- Die Lokale Aktionsgruppe ist eine lokale öffentlich-rechtliche Partnerschaft.
- Wesentlich ist, dass die Entwicklung der Region von den BürgerInnen vor Ort mitgetragen wird (Bottom-up Ansatz).
- Die Umsetzung innovativer Konzepte steht im Vordergrund.
- Die Durchführung von Kooperationsprojekten zur Bearbeitung gemeinsamer Themen und die Vernetzung lokaler Partnerschaften sollen den Austausch zwischen den LEADER-Regionen fördern.

Der Entwurf des Österreichischen Programms Ländliche Entwicklung – „Der Grüne Pakt“ – wurde der Europäischen Kommission im Herbst 2006 zur Prüfung vorgelegt. Mit der Programmgenehmigung ist bis Mitte 2007 zu rechnen. Die Auswahl der Niederösterreichischen LEADER-Regionen wird anhand der lokalen Entwicklungsstrategie voraussichtlich im Frühherbst 2007 stattfinden, danach können die LEADER-Regionen mit neuem Elan in die Programmperiode 2007 – 2013 starten!

Weiterführende Links:

- LEADER 2007 – 13:
<http://www.noel.gv.at/service/LF/LF3/Leader+.htm>
 „Der grüne Pakt“: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/43591/1/1465>

Stärkung der Regionalen Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich.

Das neue EU-Zielprogramm 2007 – 2013.

Struktur- und Regionalpolitik bilden ein zentrales Politikfeld der Europäischen Union. In der neuen Förderperiode 2007 – 2013 werden 35,6 % des Gesamtbudgets der Union für diesen Bereich veranschlagt.



Foto: LOISIUM Kellerwelt Betriebs GmbH & Co KG



Foto: Austrian Aerospace GmbH



Foto: ecoplus GmbH, NÖ Wirtschaftsagentur



Foto: Therme Laa – Hotel & Spa

Durch die Umsetzung einschlägiger Förder- und Entwicklungsprogramme, der so genannten „Zielprogramme“, sollen die noch beträchtlichen regionalen Wohlstandsunterschiede deutlich verringert werden. Es soll aber im Zeitalter der Globalisierung auch die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und damit der gesamten EU nachhaltig gestärkt werden. Die Regionalpolitik in der Periode 2007 – 2013 soll damit auch der Verwirklichung der Lissabon-Strategie der EU dienen, die darauf abzielt, mehr Wachstum und Beschäftigung insbesondere durch Förderung von Innovationen und der wissensbasierten Wirtschaft zu erreichen.

Basierend auf den EU-Verordnungen 1083/2006 („Allgemeine Fonds-VO“) und 1080/2006 („EFRE-VO“) sowie einem davon abgeleiteten Nationalen Strategischen Rahmenplan („STRAT.AT“) wurde für das Land Niederösterreich ein eigenes regionales Zielprogramm „Stärkung der Regionalen Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich 2007 – 2013“ erstellt, und zwar in partnerschaftlicher Zusammenarbeit der künftigen Verwaltungsbehörde (Landesgeschäftsstelle für EU-Regionalpolitik) mit maßgeblichen Partnern und Förderstellen in Land und Bund. Das entsprechende „Operationelle Programm“ wurde von der NÖ Landesregierung und der Bundesregierung beschlossen und am 30. Oktober 2006 – immerhin als Erstes von insgesamt 330 EU-Strukturfondsprogrammen – der Europäischen Kommission übermittelt. Die Genehmigung seitens der Kommission wird für das 2. Quartal 2007 erwartet.

Baustein der Landes- und Regionalentwicklung. Das neue EU-Zielprogramm will einen maßgeblichen Beitrag für eine aktive Landes- und Regionalentwicklung leisten. Niederösterreich und seine Teilregionen sollen wirksame Impulse für eine dynamische, innovationsgeleitete und nachhaltige Entwicklung erhalten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft soll gestärkt und die Attraktivität des Standorts Niederösterreich im sich verschärfenden internationalen Wettbewerb zwischen den Regionen Europas weiter verbessert werden.

Dabei wird ein thematisch breiter Ansatz innovationsorientierter Regionalentwicklung gewählt, um die vielfältigen Ressourcen und Potentiale des flächengrößten Bundeslandes bestmöglich ausschöpfen zu können. Es wird dabei eine zweifache Strategie eingeschlagen: Erstens soll in Form einer „offensiven Bestandssicherung“ die Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Unternehmen verbessert werden, einschließlich der zugehörigen Infrastrukturen und unterstützenden Dienstleistungen. Bei dieser Modernisierung der „old economy“ sollen die regionsspezifischen Stärken weiter gestärkt werden, entlang bewährter technisch-ökonomischer Entwicklungspfade. Zweitens sollen auch völlig neue – risikoreichere – Wege zur „Erschließung ökonomischer Zukunftsfelder“ beschritten werden (Konzept der „Technopole“, Kompetenzzentren, Cluster- und Netzwerkbildungen).

Strategie mit zwei Komponenten. Der operationellen Umsetzung dieser Entwicklungsstrategie dient ein differenzierter Aktionsplan mit zwei großen Prioritätsachsen:

- Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und wissensbasierte Wirtschaft
- Stärkung der Regionen und Standorte durch Mobilisierung endogener Potentiale, wettbewerbsfähigen Tourismus, verbesserte Umwelt, Energienutzung und Risikoprävention

Den beiden Prioritätsachsen sind sechs Aktionsfelder (Maßnahmenkategorien) zugeordnet.

Rund 60 % des Fördervolumens werden für Infrastruktur- und Unternehmensinvestitionen aufgewendet, 40 % sind für immaterielle Aktivitäten („Softmaßnahmen“) wie Forschung &

Entwicklung, Kooperationen und Netzwerke, Beratung und Management, Studien vorgesehen. Die Evaluierung des Programms sowie einiger seiner Schwerpunktthemen wird einen hohen Stellenwert einnehmen, um die Effizienz der Umsetzung des Programms sowie dessen wirtschafts- und regionalpolitischer Wirkungen objektiver bewerten zu können.

Vereinfachte Gebietskulisse. In der Programmperiode 2007 – 2013 gibt es unterhalb der Bundeslandebene keine eigene Zielgebietskulisse mehr. Dennoch sollen aber auch im Rahmen des neuen Programms vorrangig Projekte in den Gebieten mit Strukturproblemen (Waldviertel, nördliches und östliches Weinviertel, NÖ-Süd, Region Mostviertel – Eisenwurzen) unterstützt werden. Besonders hochrangige Projekte können selbstverständlich auch in den Zentralräumen (Wiener Umland, Region St. Pölten) gefördert werden.

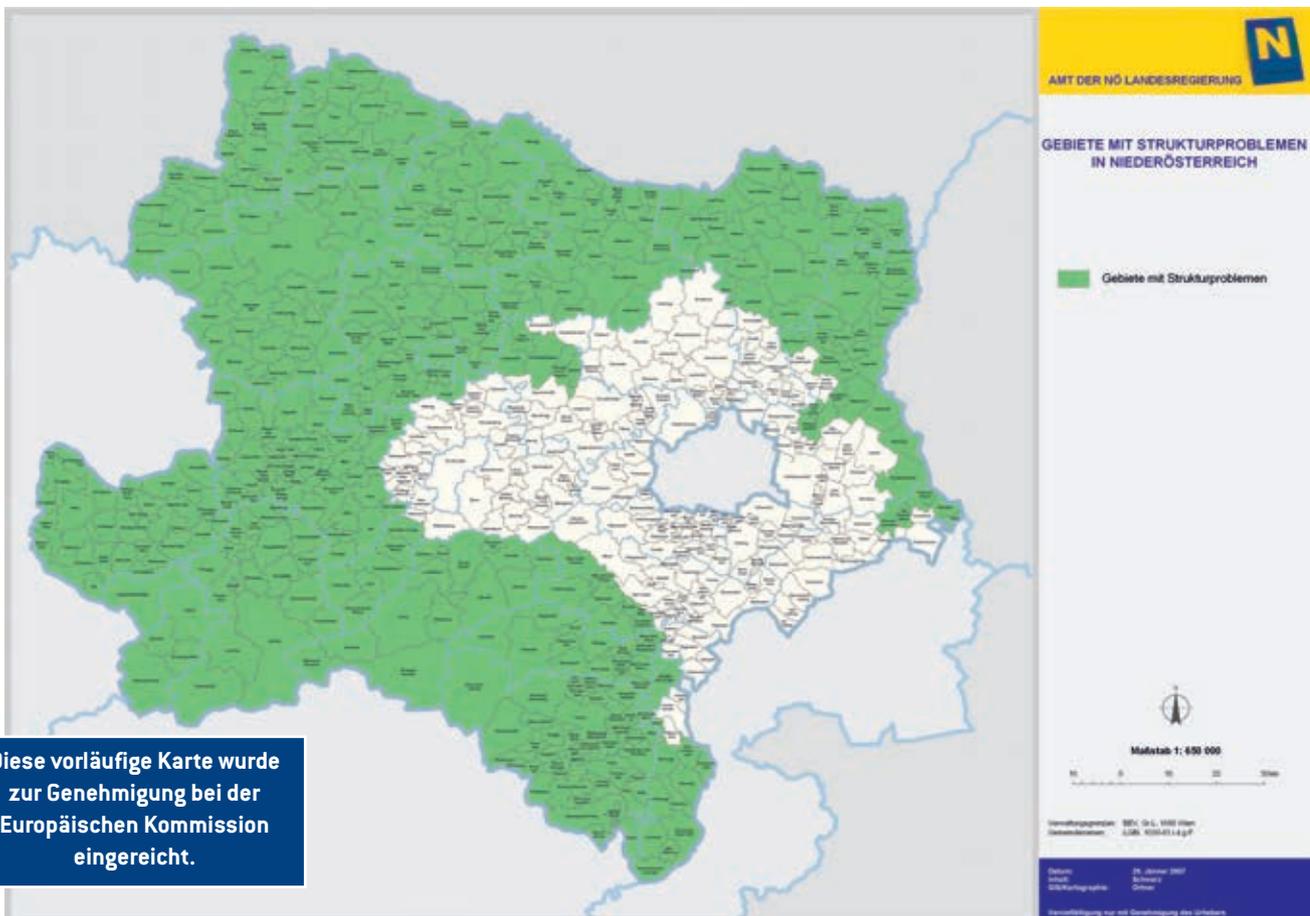


Foto: Donauhafen Kremis

**Vielfältig wie das Land:
die Fördermöglichkeiten der
EU-Regionalpolitik**

Infos gesucht?

Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
Landhausplatz 1, A-3109 St. Pölten
Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schwarz
Tel.: 02742/9005-14190
E-Mail: wolfgang.schwarz@noel.gv.at



Diese vorläufige Karte wurde zur Genehmigung bei der Europäischen Kommission eingereicht.

Europäische Territoriale Zusammenarbeit:

Grenzüberschreitende Kooperation 2007 – 2013

Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa gibt es in den Jahren 2007 – 2013 das EU-Förderprogramm zur Territorialen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.



Das Förderprogramm basiert auf den EU-Verordnungen 1083/2006 („Allgemeine Fonds Verordnung“) und 1080/2006 („EFRE Verordnung“) sowie auf den strategischen Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft. Gemäß den Kohäsionsleitlinien wurden auf österreichischer Ebene der Nationale Strategische Rahmenplan („STRAT.AT“) sowie regionale grenzüberschreitende Programme erarbeitet.

Drei Programme für NÖ. Niederösterreich beteiligt sich wie schon in der Förderperiode 2000 – 2006 bei INTERREG IIIA an drei grenzüberschreitenden Programmen mit der Tschechischen Republik, der Slowakei und mit Ungarn.

Die Programme wurden in bilateralen Programmierungsgruppen erstellt, und die Arbeiten waren von den Vorgaben der Europäischen Union, die Lissabon- und Göteborg-Strategie zu

verfolgen, gekennzeichnet. Die Schwerpunktsetzung auf die Lissabon-Ziele (Wachstum und Beschäftigung) sowie die Göteborg-Ziele (Nachhaltige Umweltentwicklung) hat zu einer Konzentration von fünf auf zwei Prioritäten samt Technischer Hilfe geführt. Die Programme wurden partnerschaftlich unter der Verantwortung des österreichischen Bundeskanzleramts ausgearbeitet. Die Programmerstellung auf bilateraler Ebene wurde in einem parallelen Prozess mit den grenzüberschreitenden Strategien der niederösterreichischen Landesförderstellen, dem Regionalmanagement NÖ, der ecoplus GmbH, den Sozial- und Wirtschaftspartnern und Umweltbehörden abgestimmt.

Mit der Einreichung der drei Programme geht die Zuständigkeit der Funktion der Verwaltungsbehörde vom Bundeskanzleramt auf die Bundesländer über. Das Programm Österreich-Tschechische Republik wird vom Land Niederösterreich



Foto: ecoplus GmbH, Wirtschaftsagentur

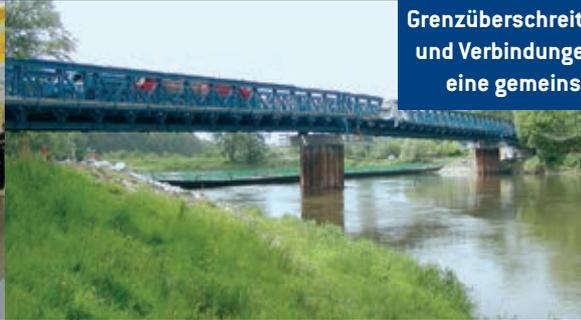


Foto: Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten



Foto: Weinviertel-Tourismus GmbH

Grenzüberschreitende Treffpunkte und Verbindungen für den Weg in eine gemeinsame Zukunft.

(Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik) verwaltet. Das Programm Österreich-Slowakei vom Land Wien und das Programm Österreich-Ungarn vom Land Burgenland.

Das Fördergebiet umfasst in den drei Programmen ganz Niederösterreich wobei je nach Programm zwischen Kernfördergebieten und angrenzenden Gebieten unterschieden wird. Projekte die in Gebieten umgesetzt werden, die an die Kernfördergebiete angrenzen, können bis zu 20 % der zur Verfügung stehenden EFRE-Fördermittel in Anspruch nehmen.

Die Umsetzung der Programme erfolgt nach dem „Lead Partner Prinzip“. Ein federführender Begünstigter ist in Abstimmung mit seinen Projektpartnern für die Antragstellung, Realisierung sowie den Zahlungsmittelfluss verantwortlich.

Die Dotation für grenzüberschreitende Projekte in Niederösterreich beträgt rund 39 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Das Gesamtprogrammvolumen beläuft sich je nach Höhe der EFRE-Kofinanzierung auf mind. 45,8 Mio. Euro. Die nationale Kofinanzierung ist durch öffentliche Mittel aufzubringen.

Diese vorläufige Karte wurde zur Genehmigung bei der Europäischen Kommission eingereicht.



Neue Qualität. Die Regionalisierung der Programme und der intensivere Abstimmungsbedarf bei den Projekten werden zu einer Verstärkung der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen Niederösterreich und seinen Nachbarländern führen.

Zwei Prioritäten – breites Themenspektrum.

Während die inhaltliche Ausrichtung auf Prioritätsebene auf die beschriebenen Ziele konzentriert wurde, hat man in diesem Rahmen ein breites thematisches Spektrum an Aktionsfeldern geschaffen. In der angelaufenen Förderperiode werden in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Humanressourcen, Arbeitsmarkt, Bildung und Qualifizierung, Gesundheit und soziale Integration, Erreichbarkeit, Umweltschutz und Risikoprävention, Netzwerkbildung und institutionelle Zusammenarbeit grenzüberschreitende Kooperationen unterstützt.

Infos gesucht?

Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
Landhausplatz 1
A-3109 St. Pölten

Martin Kavalek (A – CZ)
Tel.: 02742/9005-14329
E-Mail: martin.kavalek@noel.gv.at

Francois-Edouard Pailleron (A – SK, A – H)
Tel.: 02742/9005-14129
E-Mail: francois-edouard.pailleron@noel.gv.at

Wer baut Wien?

Hintergründe und Motive der Stadtentwicklung Wiens seit 1989.



Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist Wien von einem Bauboom erfasst, der neben der Ostöffnung vor allem auf den EU-Beitritt Österreichs sowie die fortschreitende Globalisierung zurückzuführen ist und die Stadtväter von einer „Neuen Gründerzeit“ sprechen ließ.

Wie die Stadt Wien auf die neue Situation reagiert und welche politischen bzw. wirtschaftlichen Motive dabei im Spiel sind, seziiert Reinhard Seiß in diesem Buch. Faktenreich bringt er ans Tageslicht, warum der Millennium Tower um 60 Meter höher geworden ist, als ursprünglich genehmigt, wie am Wienerberg ein Hochhausviertel ohne entsprechenden öffentlichen Verkehrsanschluss entstehen konnte oder auch, wem die Errichtung eines Wohnquartiers über der meist befahrenen Autobahn Österreichs nützt.

Der komplexe Planungskrimi gibt Antworten auf die entscheidende Frage „Wer baut Wien?“ und zeichnet zugleich ein

Sittenbild der demokratischen Kultur, das wohl nicht nur auf die Donaumetropole zutrifft.

Mit einem Vorwort von Friedrich Achleitner und einem Nachwort von Christian Kühn erschienen im Verlag Anton Pustet, 216 Seiten, 20 Abbildungen, EUR 22,-, ISBN 9-783-7025-0538-7

Kontakt und Infos:

buch@verlag-anton-pustet.at; <http://www.verlag-anton-pustet.at>

Zum Autor: Reinhard Seiß, Raumplaner, Filmemacher und Fachpublizist in Wien, schreibt über Stadtentwicklung und Raumplanung für internationale Zeitungen und Fachzeitschriften, er produziert Dokumentarfilme u.a. für arte, 3sat, den Bayerischen Rundfunk oder den ORF und gestaltet Hörfunkbeiträge für Ö1 oder Deutschlandradio Kultur. Seiß unterrichtet an der Kunstuniversität Linz und ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.

Reflexionen über eine aufstrebende Metropole.



English Summary



From “Raum & Ordnung” to “Raumdialog”: After a pause of some years, the Province of Lower Austria has decided to publish a new journal on spatial planning. The new magazine “Raumdialog” is, like its predecessor “Raum & Ordnung”, a professional journal aimed at all those who deal with issues of spatial planning and regional policy in their daily work.

Town Centre Areas in Lower Austria: Some Results. With the 14th amendment to the Lower Austrian Spatial Planning Act in December 2004, the Lower Austrian Landtag (provincial parliament) ushered in a paradigm shift in the way (business) locations are regulated and large-scale retail facilities approved. The Land Use Plan provides for designating town centre areas thus creating one of the fundamental principles of the Lower Austrian strategy for strengthening town centres. Up to January 2007 a total of 20 municipalities had officially designated their town centre areas.

Strategic Environmental Assessment in the Local Spatial Planning: Initial Experiences. The EU Directive on Strategic Environmental Assessment (SEA) has been implemented within the context of the 14th amendment (valid since March 2005) of the Lower Austrian Spatial Planning Act. Experience has so far demonstrated that the two initiatives NATURA 2000 and the Local Development Scheme were each responsible for approximately 25 % of the strategic environmental assessments. In almost 15 % of the cases, projects which require strategic environmental assessments were implemented in the context of land use plans, and in the other 35 % of the cases the significance of the effect on the environment made an SEA necessary.

Ortsplanung miteinander 2006 (Spatial Planning – Together): “Protection against Natural Hazards”. On November 30, 2006, the well established conference “Ortsplanung miteinander” (“Spatial Planning – Together”) was held in Sitzenberg-Reidling. The topic of the conference was “Protection against Natural Hazards”. The following papers were presented: “Flood Programme Lower Austria”, “Hazard Area Plans of the Austrian Torrent and Avalanche Control” and “Geogenic Risks”.

Planning a Thriving Future: Lower Austrian Kleinregionen (Microregions) in the New Millennium. The number of Kleinregionen (microregions) in Lower Austria has increased

to 60 within the past six years, and the objective of area-wide coverage has been achieved almost completely in the five main regions. Decisive factors for successful implementation have been: the existence of advisers for Kleinregionen based in the Regional Management Offices, participation of Kleinregionen in developing the provincial strategy, a development fund for Kleinregionen and subsidies for establishing a Kleinregion management office.

w.i.N-Strategie Lower Austria: Looking Back at Five Years of Strategic Development. In today's fast-paced world the citizens and businesses expect to receive guidance, planning and security in decision-making. Therefore, a clear strategy is required for the future of the province and its regions, as well as for various thematic areas. In response to these expectations, the Province of Lower Austria initiated the “w.i.N. Strategie” for further development in 2002.

LEADER 2007 to 2013: New Ideas for Rural Areas. With the beginning of the new EU programme period of 2007–2013 some changes have been made to the LEADER initiative, including increasing funds and extending measures.

Strengthening Lower Austria's Competitiveness in the Region: the New EU Target Programme 2007–2013. The new EU target programme aims at contributing considerably to active provincial and regional development. Lower Austria and its sub-regions are to receive effective stimuli for a dynamic, innovative and sustainable development. The economy's competitiveness is to be boosted and Lower Austria as a (business) location is to become more attractive, enabling it to compete with other European regions.

European Territorial Cooperation: Cross-border Cooperation 2007–2013. In order to promote cross-border cooperation in Europe, the programming period 2007–2013 includes the new EU structural funds programme for territorial cross-border cooperation. As in the previous structural funds programme INTERREG IIIA, which ran from 2000 to 2006, Lower Austria is again participating in three cross-border programmes, with the Czech Republic, Slovakia and Hungary. The new programmes also cover a wide range of activities in various fields – a new aspect of the programme is implementation according to the “Lead Partner Principle”.

Der eilige Leser

Von „Raum & Ordnung“ zu „Raumdialog“: Nach einigen Jahren Pause hat sich das Land Niederösterreich wieder zur Herausgabe eines Raumordnungsmagazins entschlossen. Das neue Medium „Raumdialog“ ist wie sein Vorgänger „Raum & Ordnung“ als Fachpublikation gestaltet und wendet sich an alle, die täglich mit Raumordnung und Regionalpolitik zu tun haben.

Zentrumszonen in Niederösterreich: Eine erste Bilanz. Mit der 14. Novelle zum NÖ Raumordnungsgesetz im Dezember 2004 hat der NÖ Landtag einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Regelung der Standorte und Zulässigkeiten von Einzelhandelsgroßstrukturen beschritten. Die Möglichkeit der Ausweisung von Zentrumszonen im Flächenwidmungsplan stellt einen wesentlichen Baustein der niederösterreichischen Politik zur Stärkung der Ortskerne dar. Bis zum Jänner 2007 haben insgesamt bereits 20 Gemeinden ihre Zentrumszonen rechtswirksam ausgewiesen.

Die Strategische Umweltprüfung in der Örtlichen Raumordnung: Erste Erfahrungen. Im NÖ Raumordnungsgesetz wurde die EU-Richtlinie über die Bestimmungen zur Strategischen Umweltprüfung im Rahmen der 14. Novelle (rechtswirksam seit März 2005) umgesetzt. Aus der bisherigen Erfahrung zeigt sich, dass die beiden Anlassfälle NATURA 2000 und Örtliches Entwicklungskonzept jeweils etwa 25 % der bisherigen Strategischen Umweltprüfungen ausgelöst haben. In knapp 15 % der Fälle setzt das Widmungsverfahren den Rahmen für ein UVP-pflichtiges Projekt, und in den restlichen etwa 35 % der Fälle ist die Erheblichkeit sonstiger Umweltauswirkungen der Auslöser.

Zukunft erfolgreich gestalten: Die NÖ Kleinregionen im neuen Jahrtausend. In den letzten sechs Jahren ist in Niederösterreich die Zahl der Kleinregionen auf 60 gestiegen, und das Ziel einer Flächendeckung ist in den fünf Hauptregionen nahezu erreicht. Erfolgsfaktoren dabei waren unter anderem die Bereitstellung von Kleinregionsbetreuern in den Regionalmanagement-Büros, die Beteiligung der Kleinregionen an der Erarbeitung der Landesstrategie, der Kleinregionale Entwicklungsfonds oder eine Startförderung für die Einrichtung eines Kleinregionsmanagements.

w.i.N-Strategie NÖ: Ein Rückblick auf fünf Jahre Landesentwicklung. Bevölkerung und Wirtschaft erwarten sich in der heutigen schnelllebigen Zeit Orientierung sowie Planungs- und Entscheidungssicherheit. Dazu bedarf es klarer Zukunftsleitbilder für das Land, seine Regionen sowie für die unterschiedlichsten Themenbereiche. Vor diesem Hintergrund hat das Land Niederösterreich im Jahr 2002 die „w.i.N“-Strategie zur Landesentwicklung initiiert.

LEADER 2007 bis 2013: Neue Impulse für den Ländlichen Raum. Mit der EU-Programmperiode 2007–2013 ergeben sich für die Gemeinschaftsinitiative LEADER programmspezifische Änderungen, die eine Aufstockung der Mittel und Maßnahmenausweitung bedeuten.

Stärkung der Regionalen Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich: Das neue EU-Zielprogramm 2007–2013. Das neue EU-Zielprogramm will einen maßgeblichen Beitrag für eine aktive Landes- und Regionalentwicklung leisten. Niederösterreich und seine Teilregionen sollen wirksame Impulse für eine dynamische, innovationsgeleitete und nachhaltige Entwicklung erhalten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft soll gestärkt und die Attraktivität des Standorts Niederösterreich im sich verschärfenden internationalen Wettbewerb zwischen den Regionen Europas weiter verbessert werden.

Europäische Territoriale Zusammenarbeit: Grenzüberschreitende Kooperation 2007–2013. Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa gibt es in den Jahren 2007–2013 das EU-Förderprogramm zur Territorialen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Niederösterreich beteiligt sich dabei wie schon in der Förderperiode 2000–2006 bei INTERREG IIIA an drei grenzüberschreitenden Programmen mit der Tschechischen Republik, der Slowakei und mit Ungarn. Auch in den neuen Programmen wird es ein breites thematisches Spektrum an Aktionsfeldern geben, neu ist die Umsetzung nach dem „Lead Partner Prinzip“.



P.b.b. Vertragsnummer 07Z037287M
Verlagspostamt 3109 St. Pölten

www.noegv.at